

Herrn Oberbürgermeister Peter Jung

Es informiert Sie Ursula Albel  
Anschrift Rathaus Barmen  
42275 Wuppertal  
Telefon (0202) 563 6677  
Fax (0202)  
E-Mail ratsfraktion@dielinke-wuppertal.de  
Datum 10.06.2008  
Drucks. Nr. VO/0543/08  
öffentlich

## **Antrag**

---

Zur Sitzung am	Gremium
<b>18.06.2008</b>	<b>Hauptausschuss</b>
<b>23.06.2008</b>	<b>Rat der Stadt Wuppertal</b>

---

## **Resolution Kommunales Wahlrecht für MigrantInnen Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE vom 10. Juni 2008**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
der Rat der Stadt möge beschließen:

Der Rat der Stadt unterstützt die vom Migrationsausschuss beschlossene Resolution für ein kommunales Wahlrecht für MigrantInnen. Er „unterstützt die von der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen (LAGA) ins Leben gerufene Initiative ‚Hier, wo ich lebe, will ich wählen!‘ – eine Initiative für das kommunale Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten, die lange in Deutschland leben“.

Ebenso begrüßt der Rat der Stadt „den von CDU, CSU und SPD im Koalitionsvertrag vereinbarten Prüfauftrag der Bundesregierung für eine Grundgesetzänderung zur ‚Frage des kommunalen Wahlrechts für Ausländer, die keine EU-Bürger sind‘ (Koalitionsvertrag, S. 118, Ziffer 5766)“.

Der Rat der Stadt fordert den Landtag NRW auf, das Kommunalwahlgesetz in diesem Sinne zu ändern.

### **Begründung:**

Die von der Landesarbeitsgemeinschaft (LAGA) der MigrantInnenvertretungen ins Leben gerufene und vom Deutschen Gewerkschaftsbund NRW, dem Landesjugendring und der Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrt unterstützte Initiative „Hier, wo ich lebe, will ich wählen“ setzt sich für das Wahlrecht für alle MigrantInnen ein, die seit mindestens fünf Jahren in Deutschland leben.

Dieses Wahlrecht ermöglicht unterhalb der Schwelle einer Einbürgerung eine politische Teilhabe und damit auch eine politische Verantwortlichkeit für die vielfältigen Belange im nahen Lebensumfeld. Großstädte, deren Bevölkerung sich zu einem Viertel bis einem Drittel aus zugewanderten Menschen zusammensetzt, können es sich auf Dauer nicht leisten, einen beachtlichen Teil ihrer EinwohnerInnen von den elementarsten Mitwirkungsrechten auszuschließen.

Aus diesem Grund schließt sich der Rat der Stadt der Resolution an.

Mit freundlichen Grüßen

Elisabeth August  
Stadtverordnete

Elke von der Beeck  
Stadtverordnete

Gerd-Peter Zielesinski  
Fraktionsvorsitzender